

Werkes nach einem Plane, in welchem ihm der Besteller den Inhalt des Werkes sowie die Art und Weise der Behandlung genau vorschreibt, so ist der Besteller im Zweifel zur Vervielfältigung und Verbreitung nicht verpflichtet. Das gleiche gilt, wenn sich die Tätigkeit auf die Mitarbeit an enzyklopädischen Unternehmungen oder auf Hilfs- oder Nebenarbeiten für das Werk eines andern oder für ein Sammelwerk beschränkt.

Das Recht, das hier dem Besteller gegeben wird, ist lediglich ein negatives, indem er nur von einer Verlagsrechtsverpflichtung befreit wird. Allerdings zieht daraus der Kommentar von Mittelstädt und Hüllig zum Verlagsrecht die Folgerung, daß, wenn die Bestimmung des § 1, Verlagsrechtsgesetzes, betr. Verpflichtung des Verlegers zur Vervielfältigung und Verbreitung auf diese Verträge nicht anzuwenden sei, das Verlagsrechtsgesetz dabei überhaupt nicht in Frage kommen könne, weil diese Verpflichtung des Verlegers für den Verlagsvertrag wesentlich seien. Im Zweifel kämen dann hier die Bestimmungen des BGB. über den Werkvertrag und Kauf zur Anwendung. Aber selbst wenn hierdurch der Verleger ein weiteres Verfügungsrecht über den Beitrag zu einem enzyklopädischen Unternehmen erlangen sollte, als es die §§ 2-8 dem Verleger einräumen, so können damit nur verlagsrechtliche Bestimmungen in Frage kommen; die wesentlichen Ausflüsse aus dem Urheberrecht und deshalb auch das Recht der Übersetzung verbleiben zweifellos dem Verfasser. Wir kämen ja sonst völlig auf den Standpunkt des Allgemeinen Landrechts zurück, der doch gerade aufgegeben werden sollte. Daß auch der angezogene treffliche Kommentar das nicht zugeben will, geht aus der speziellen Aufzählung der Verlagsrechtserweiterung hervor, die durch den Werkvertrag veranlaßt würden: Der Verleger ist im Zweifel zur Vervielfältigung und Verbreitung nicht verpflichtet; die Vorschrift des § 28 betr. die Übertragbarkeit des Verlagsrechts findet keine Anwendung; das Recht des Verlegers zur Vornahme von Änderungen an dem Werke ist gegebenenfalls aus § 633 des BGB. zu beurteilen und die Vergütung gilt als stillschweigend vereinbart, wenn sie den Umständen nach zu erwarten ist (§§ 632 und 641 des BGB.).

Dennoch kann es einzelne Ausnahmefälle geben, wo das Gericht einen Werkvertrag als vorliegend erachten wird, und zwar dann, wenn bei einem Sammelwerk eine mehr handwerksmäßige Arbeit bei dem Einzelverfasser vorliegt. Dann wird der Richter sein Verhältnis zum Herausgeber mit der Lieferung des deutschen Textes als erschöpft betrachten können. Liefern aber die Verfasser, wie das bei den großen Sammelwerken der Fall zu sein pflegt, mehr wissenschaftliche Werke von selbständiger Bedeutung, so ist wohl nicht anzunehmen, daß sie dem Herausgeber ihre Arbeit außer zu dem Abdrucke in dem Lexikon usw. zu beliebiger sonstiger Verwendung überlassen, ja das Verlagsgesetz verbietet sogar diese Verwendung direkt in § 4, indem es, wie schon oben erwähnt, die Veranstaltung einer Sonderausgabe aus Teilen eines Sammelwerkes verbietet.

Ich resumiere also:

1. Das Urheberrechtsgesetz überträgt bei Sammelwerken die Wahrnehmung des Urheberrechtes für das Gesamtwerk auf den Herausgeber oder Verleger nicht in seinem uneingeschränkten Umfang; das ist schon deshalb nicht möglich, weil dann das Urheberrecht an den Einzelbeiträgen, das unzweifelhaft den Verfassern verbleibt, aufgehoben würde.

2. Die Wahrnehmung der Urheberrechte durch den Herausgeber oder Verleger eines Sammelwerkes bezieht sich vielmehr nur auf die Wahrnehmung dieser Rechte nach außen, Dritten gegenüber, nicht dem Verfasser gegenüber.

3. Demgemäß kann der Herausgeber oder Verleger eines Sammelwerkes das Nachdruck- oder Übersetzungsrecht Dritten gegenüber rechtsverbindlich gestatten. Er ist aber gehalten,

da er seinerseits die Urheberrechte der Verfasser nicht beeinträchtigen darf, sich bei diesen die Genehmigung einzuholen, widrigenfalls er für den Schaden haftbar ist. Mit anderen Worten: dem Herausgeber oder Verleger steht nicht das Recht zu, das Übersetzungsrecht aus eigener Machtvollkommenheit zu vergeben.

4. Als selbstverständlich folgt daraus, daß der Herausgeber oder Verleger ein eventuelles Übersetzungshonorar ohne Zustimmung der Verfasser der Einzelbeiträge nicht für sich beanspruchen darf. G. Hölcher.

Kleine Mitteilungen.

Vom Reichsgericht. (Nachdruck verboten.) sk. Welche Umstände bestimmen die Verwechslungsmöglichkeit zweier Zeitschriften? — In einem Verleger-Rechtsstreit hatte sich das Reichsgericht mit der Frage zu befassen, ob die Bezeichnung »Konkurrenzen« als Titel einer Fachzeitschrift ein Gattungsbegriff geworden ist und deshalb auch von einer anderen Fachzeitschrift derselben Branche als Titel verwendet werden darf.

Anlaß zu der Entscheidung bot ein Konkurrenzstreit zweier renommierten Verlagsanstalten, der Firma S. & Co. in Leipzig gegen den W.'schen Verlag in Berlin. Im Verlage der ersteren erscheint seit 1892 eine Fachzeitschrift für Architekten unter dem Titel »Deutsche Konkurrenzen«, die als Inhalt Konkurrenzentwürfe von Architekten enthält. Der W.'sche Verlag gab bis zum Jahre 1895 gleichfalls eine Fachzeitschrift für Architekten unter dem Titel »Sammlungen hervorragender Konkurrenzentwürfe« heraus, deren Erscheinen jedoch 1895 eingestellt wurde. Seit dem 1. April 1906 verlegt der Verlag jedoch eine neue Zeitschrift für Architekten unter dem Titel »Architekturkonkurrenzen«. Obwohl Ausstattung und Format der Zeitschriften verschieden sind, klagte der Inhaber des S. & Co.'schen Verlages und später dessen Erben auf Grund von § 16 des Wettbewerbsgesetzes auf Schadenersatz und Unterlassung der Bezeichnung der Zeitschrift des Beklagten als »Architekturkonkurrenzen«, da der gleiche Preis, derselbe Inhalt, dieselbe Erscheinungszeit und vor allem der gleichlautende Titel »Konkurrenzen« eine Verwechslungsgefahr mit der Druckschrift des Klägers enthalte und dem Beklagten die mißbräuchliche Art der Benützung bekannt sei.

Während das Landgericht I Berlin die Klage abgewiesen hatte, hatte das Kammergericht dem Beklagten bei einer fiskalischen Strafe von 300 M für jeden Zuwiderhandlungsfall untersagt, als Titel seiner Zeitschrift die Bezeichnung »Architekturkonkurrenzen« zu gebrauchen. Die Entscheidung über den Schadenersatzanspruch und die Kosten wurden vorbehalten.

Das Kammergericht hatte ausgeführt, die Klageansprüche stützten sich auf die Bestimmungen des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. Da die Handlungen des Beklagten bis nach dem 1. Oktober 1909 sich erstreckten, sei das neue Gesetz zur Anwendung zu bringen. Dabei sei es gleichgültig, ob die Handlungen nach dem neuen Gesetze strafbar seien; es genüge, daß sie überhaupt in dessen Herrschaftsbereich fielen. Nach § 16 des neuen Gesetzes könne aber derjenige, welcher im geschäftlichen Verkehr den Namen, die Firma oder die besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäftes, eines gewerblichen Unternehmens oder einer Druckschrift in einer Weise benutze, die geeignet sei, Verwechslungen mit diesen besonderen Bezeichnungen hervorzurufen, deren sich ein anderer befugterweise bediene, auf Unterlassung der Benützungen in Anspruch genommen werden und sei zu Schadenersatz verpflichtet, wenn er gewußt habe oder wissen mußte, daß die mißbräuchliche Art der Benützung geeignet sei, Verwechslungen hervorzurufen. Maßgebend für die Entscheidung der Frage, ob objektiv eine Verwechslungsmöglichkeit bestehe, sei das Gesamtbild, das das Publikum gewinne, ohne beide Zeitschriften nebeneinander vor sich zu sehen. Schon der gleiche Charakter und derselbe Leserkreis der Zeitschriften, dieselben Modalitäten, derselbe Preis von 1 M 80 J für jedes Heft und dieselbe Erscheinungszeit als periodische Druckschrift begründeten objektiv eine